DV aktuell

3/2026

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Ein Zuhause schaffen: Soziale Wohnraumförderung gegen Wohnungslosigkeit

© pexels, eye4dtail

Für Personengruppen, die sich am Markt nicht aus eigener Kraft mit angemessenem Wohnraum versorgen können, ist in Deutschland die soziale Wohnraumförderung das zentrale wohnungspolitische Instrument. Auch wohnungslose Menschen profitieren von den geförderten Wohnungsbeständen – allerdings ist die soziale Wohnraumförderung keine Sonderförderung für Wohnungsnotfälle. Wie kann sie im Rahmen ihres breiten Versorgungsauftrages dennoch stärker zur Wohnraumversorgung wohnungsloser Menschen einen Beitrag leisten? Zu dieser Fragestellung hat die vom DV koordinierte Facharbeitsgruppe „Wohnraumversorgung" im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit (NAP W) ein Analyse- und Empfehlungspapier erarbeitet, in welchem unterschiedliche Förderansätze mehrerer Bundesländer betrachtet werden.

Mehr gebundener Wohnraum als Grundlage

Die Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung wurden seit Beginn der 2020er-Jahre deutlich aufgestockt. Nach Jahrzehnten sinkender Sozialwohnungsbestände bleibt es eine zentrale Aufgabe, preis- und belegungsgebundene Wohnungen neu zu schaffen und zu sichern. Für die Länder besteht die Herausforderung jedoch nicht allein darin, ihrerseits erhöhte Landesmittel für die aufgestockten Bundesmittel bereitzustellen. Entscheidend ist, dass die erhöhten Mittel in Anbetracht deutlich gestiegener Baukosten und der Zinswende tatsächlich zu mehr gebundenem Wohnraum führen und wieder mehr Wohneinheiten gebaut und gesichert werden. Denn jeder neu geschaffene oder erhaltene Förderwohnraum erweitert zugleich die Möglichkeiten, wohnungslosen Menschen den Zugang zu regulären Mietwohnungen zu eröffnen.

IN DIESER AUSGABE

Zusammenhalt braucht Begegnungsorte: Sitzung der Generationenfrage Gemeinwohl	Seite 4
Schlüsselimmobilien kooperativ umsetzen: Online-Sitzung zur nachhaltigenTransformation	Seite 4
DV mit drei Fachforen beim Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik	Seite 5
AG Energie diskutiert Transformationspfade für klimaneutralen Gebäudebestand	Seite 7

AUTOR

Christian Huttenloher ist Generalsekretär im Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Unterschiedliche Wege der Länder

Für Menschen mit besonderen Zugangsproblemen ist neben dem allgemeinen Umfang des Sozialwohnungsbestandes entscheidend, wie die Förderprogramme ausgestaltet und mit kommunalen Steuerungsmöglichkeiten verknüpft sind. Die Länder verfolgen unterschiedliche Wege: von festen Belegungsquoten über kommunale Benennungs- und Besetzungsrechte bis zu besonderen Förderbausteinen. Die Vielfalt der Länder-Ansätze liegt zum Teil auch in den raumstrukturellen Unterschieden begründet, z. B. zwischen Flächenländern und Stadtstaaten.

Nordrhein-Westfalen setzt auf flexible Belegungsvereinbarungen. In Verbindung mit kommunalen Benennungs- und Besetzungsrechten können geförderte Wohnungen gezielt an Haushalte vergeben werden, die trotz Wohnberechtigung kaum Zugangschancen haben. So lassen sich Wohnungsnotfälle innerhalb des regulären Bestands berücksichtigen, ohne gesonderte Wohnungssegmente zu schaffen.

Berlin und Hamburg arbeiten stärker mit verbindlichen Quoten für Haushalte mit besonderen beziehungsweise vordringlichen Versorgungsbedarfen. Ergänzende Förderanreize unterstützen die Zusammenarbeit von Wohnungsunternehmen und Wohnungsnotfallhilfe. In Hamburg erfolgt dies über eine verbesserte Förderung; in Berlin erhalten Wohnungsbauvorhaben zusätzliche Förderanreize nur für die Wohneinheiten, die über die verbindlichen Mindestquoten hinausgehen.

Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg haben besondere Fördermöglichkeiten für schwer zu versorgende Haushalte geschaffen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedoch, dass solche Angebote allein nur begrenzt zusätzliche Wohnungen mobilisieren, wenn sie selten genutzt werden oder kommunale Belegungsrechte in der Regelförderung schwach ausgeprägt sind.

Förderung und Belegungssteuerung verbinden

Die Länderbeispiele machen deutlich: Weder feste Quoten noch Sonderförderungen geben allein den Ausschlag. Zusätzliche Förderbausteine entfalten vor allem dann Wirkung, wenn sie mit einer bedarfsgerechten kommunalen Belegungssteuerung, tragfähigen Kooperationen und klaren Zugangswegen verbunden werden. Entscheidend sind deshalb das Zusammenspiel von Förderrahmen und Belegungsrechten sowie die Zusammenarbeit zwischen Wohnungswirtschaft, Kommunen und sozialen Trägern.

Doppelte Aufgabe für die Länder

Für die Landesministerien ergibt sich eine doppelte Aufgabe. Erstens müssen sie den Sozialwohnungsbestand ausbauen und Bindungen langfristig sichern,damit der Wohnungsbestand für Haushalte mit Zugangsschwierigkeiten zum regulären Wohnungsmarkt ausgeweitet wird.

Zweitens sollten die Förderprogramme wohnungslose Menschen innerhalb des regulären Fördersegments besser erreichen. Geeignete Instrumente sind kommunale Benennungs- und Besetzungsrechte, flexible Belegungsvereinbarungen, zusätzliche Anreize für Vermietende, die Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen anbieten, und kooperative Modelle von Wohnungswirtschaft und sozialen Trägern.

Ergänzende Strategien bleiben notwendig

Die soziale Wohnraumförderung kann die Herausforderungen der Wohnungsnotfallhilfe nicht allein lösen. Selbst bei einem erfolgreichen Ausbau bleibt das Segment der Sozialwohnungen angesichts des derzeitigen Ausgangsniveaus auf absehbare Zeit begrenzt. Deshalb müssen auch Wohnungen im allgemeinen Bestand aktiviert werden. Die Facharbeitsgruppe „Wohnraumversorgung" erarbeitet hierzu aktuell einen Praxisleitfaden zur kommunalen Wohnraumakquise. Er behandelt unter anderem Benennungs- und Besetzungsrechte, Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft, kommunale Akquiseprogramme und soziale Wohnraumagenturen. Erst das Zusammenwirken dieser Instrumente mit einer leistungsfähigen sozialen Wohnraumförderung eröffnet die nötige Bandbreite, um Wohnungslosigkeit wirksam zu verhindern und zu überwinden.

INFORMATION

Das vollständige Analyse- und Empfehlungspapier zur sozialen Wohnraumförderung finden Sie hier:

DV beteiligt sich an EU-Konsultation für erschwingliche Wohnraumversorgung

Der DV hat sich an der Konsultation der EU-Kommission zum geplanten Vereinfachungspaket für erschwingliche Wohnraumversorgung („Housing Act“) beteiligt. Die Empfehlungen betreffen Energieeffizienz, Taxonomie, Umwelt-, Vergabe- und Beihilferecht sowie Berichts- und Nachweispflichten. Ziel sind praxistaugliche Regeln, die Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Investitionsfähigkeit besser miteinander verbinden.

Zu den Empfehlungen des DV:

Integrierte Regionalentwicklung in der EU-Kohäsionspolitik

Im Rahmen des DV-Projekts TIDE (Territoriale Dimension in Europa) wurde im Oktober 2026 das Empfehlungspapier „Territoriale Dimension stärken“ veröffentlicht, das zentrale Schlussfolgerungen für eine ortsbezogene EU-Strukturpolitik nach 2028 bündelt. Es fordert eine verbindliche Territoriale Dimension, integrierte Ansätze in den Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen und verlässliche Partnerschaften mit regionalen und kommunalen Akteuren.

Zu den Empfehlungen:

Studie zu Einfamilienhausbeständen gestartet

Wie groß sind die Potenziale unterbelegter Einfamilienhausbeständen für die Wohnraumversorgung? Dieser Frage widmen sich der DV und der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung in einer neuen, von der Schwäbisch Hall-Stiftung geförderten Studie. Anders als viele bisherige Studie zur Wohnflächensuffizienz wollen vhw und DV empirisch belastbar untersuchen, wie hoch die Veränderungsbereitschaften älterer Eigentümer:innen tatsächlich sind, welche Hemmnisse zu überwinden sind und welche Handlungsmöglichkeiten sich realisieren lassen, um zusätzliche Wohnraumpotenziale im Bestand zu erschließen.

Neues ExWoSt-Forschungsvorhaben zum Wohnungstausch

Im Projekt „Stärkung des Wohnungstauschs – vom vielversprechenden Modell zur gelebten Praxis“ untersucht der DV gemeinsam mit dem IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, was Wohnungstausch zu einer bedarfsgerechteren Nutzung des Wohnungsbestands beitragen kann. Analysiert werden bestehende Modelle in Deutschland und Europa, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse sowie Handlungsempfehlungen für Politik, Kommunen und Wohnungswirtschaft.

Zusammenhalt braucht Begegnungsorte

Sitzung der Generationenfrage Gemeinwohl zu Dritten Orten

Gesellschaftliche Spannungen, sinkendes Vertrauen und knappe kommunale Haushalte stellen Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Umso wichtiger werden Orte, an denen Menschen miteinander in Kontakt kommen und Gemeinschaft erleben können. Darum ging es in der Online-Sitzung des Dialogformats der Generationenfrage Gemeinwohl am 29. Juni 2026. Sogenannte „Dritte Orte" sind Begegnungsräume jenseits von Wohnen und Arbeiten. Dazu zählen beispielsweise Bibliotheken, Bürgerhäuser, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Parks oder Nachbarschaftstreffs. Sie fördern Austausch, Teilhabe und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viele dieser Orte existieren bereits und benötigen vor allem Unterstützung und Weiterentwicklung. Forschungsprojekte, Förderprogramme und kommunale Initiativen beschäftigen sich zunehmend mit der Frage, wie Begegnungsorte Demokratie, Gemeinwesen und soziale Integration stärken können. Gleichzeitig entwickeln immer mehr Kommunen strategische Ansätze, um solche Orte gezielt in die Quartiersentwicklung einzubinden. Erfolgreiche Beispiele zeigen, dass tragfähige Begegnungsorte dort entstehen, wo engagierte Menschen und konkrete Bedarfe zusammenkommen. Entscheidend sind passende Räume, langfristige Finanzierungs- und Betriebskonzepte sowie die Zusammenarbeit von Kommune und Zivilgesellschaft. Damit Dritte Orte ihre Wirkung entfalten können, müssen sie offen, niedrigschwellig und für unterschiedliche Zielgruppen zugänglich sein. Vielfältige Angebote und Mitgestaltungsmöglichkeiten fördern die Identifikation mit dem Quartier und stärken lokale Netzwerke. Gleichzeitig brauchen diese Orte klare Regeln, um respektvollen Austausch und den Schutz aller Besucher:innen zu gewährleisten. Dritte Orte sind damit weit mehr als Treffpunkte. Sie schaffen Räume für Vertrauen, Dialog und Engagement und leisten einen wichtigen Beitrag für ein demokratisches und solidarisches Zusammenleben.

ANSPRECHPARTNER
Max Anton Dörr | m.doerr@deutscher-verband.org

Schlüsselimmobilien kooperativ umsetzen

Online-Sitzung zur nachhaltigen Transformation

Wie kann die Transformation von Schlüsselimmobilien verbindlich und partnerschaftlich umgesetzt werden? Darum ging es bei der der Online-Sitzung am 23. September 2026, die der DV gemeinsam mit Thomas Binsfeld von der huraa Gesellschaft für Humanraum Strategien organisiert hat. Hintergrund ist, dass gelungene Umwandlungen bislang hauptsächlich von einzelnen Akteursgruppen getragen werden. Gerade Kommunen können solche Vorhaben aus Haushaltsgründen aber immer seltener allein stemmen. Bei der Veranstaltung wurden mit dem CORE Oldenburg, dem Neuen Amt Altona und dem Haus der Neugier Aachen drei Praxisbeispiele vorgestellt, bei denen die Transformation jeweils von einem Privatinvestor, einer zivilgesellschaftlichen Genossenschaft und einer Kommune allein getragen wurden. Wie aber müssen künftige Vorhaben aufgestellt sein, damit diese Akteure Schlüsselimmobilien gemeinschaftlich entwickeln und betreiben können? Es wurde deutlich: Dafür braucht es eine neue Art der Nutzungsmischung mit Gemeinwohlanteilen, kommunaler Daseinsvorsorge und privatwirtschaftlichen Angeboten, die zu den Bedarfen am Standort, zu den bautechnischen Gegebenheiten des Gebäudes und zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Partner passen. In der Diskussion zeigte sich: Angesichts der Haushaltslage in vielen Städten können gemeinwohlorientierte Angebote innerhalb von Mischnutzungsmodellen schnell zur Disposition stehen, wenn zahlungskräftige Ankermieter die Immobilie für die Privatwirtschaft aufwerten. Dafür gilt es einen ausgleichenden Umgang zu finden.

Am 20. November 2026 wird das Thema bei einem Fachworkshop im CORE in Oldenburg vertieft. Welche Hürden haben Kommunen bei der Transformation und wie können sie überwunden werden? Außerdem werden Betreibermodelle, Finanzierung und Kooperationen erörtert.

ANSPRECHPARTNERIN
Heike Mages | h.mages@deutscher-verband.org

Monika Fontaine-Kretschmer, Geschäftsführerin Nassauische Heimstätte/Wohnstadt, beim Fachforum Klimaanpassung, © Max Pechstein

Europäische Zusammenarbeit befördern, Klimaanpassung umsetzen, Wohnungslosigkeit bekämpfen

DV mit drei Fachforen beim Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik

Unter dem Motto „Gemeinsam handeln, schneller agieren, weiter denken: Städte für alle gestalten" fand vom 14.-16. September 2026 der 19. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Köln statt. Der DV brachte sich – jeweils in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesbauministerium und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung – mit drei Fachforen zu unterschiedlichen Themen ein.

Europäische Zusammenarbeit inspiriert Innovation

Welche konkreten Impulse europäische Kooperationen für die kommunale Praxis liefern können, zeigte das Fachforum „Von der Idee zum Projekt. Europäische Zusammenarbeit inspiriert die kommunale Praxis". Die beim DV angesiedelte Nationalen Kontaktstellen der europäischen Förderprogramme URBACT und der Europäischen Stadtinitiative (EUI) haben die Veranstaltung gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) organisiert und rund 80 Teilnehmende zusammengebracht.

Anhand von drei Praxisbeispielen wurde deutlich, wie deutsche Städte und Landkreise vom europäischen Austausch profitieren können: Im URBACT-Netzwerk URBAN ECHO lernen Düsseldorf und vier weitere europäische Städte von einem erfolgreichen Ansatz der integrierten Stadterneuerung aus der Stadt Gent (Belgien), passen diesen an und übertragen ihn auf ihre jeweiligen lokalen Kontexte. Der City-to-City Exchange der Europäischen Stadtinitiative (EUI) zwischen den Europäischen Kulturhauptstädten 2025 Chemnitz und Nova Gorica (Slowenien) zeigte, wie gegenseitiges Lernen in den Bereichen Klimaschutz, Risiko- und Sicherheitsvorsorge sowie Großveranstaltungen konkrete Verbesserungen im Feuerwehr- und Notfallmanagement anstoßen kann. Am dritten Beispiel des Kreises Bergstraße wurde zudem deutlich, wie europäische Kooperationen im Rahmen von Interreg Europe und der Territorialen Agenda die Entwicklung regionaler Lösungen für zirkuläres Bauen und Kreislaufwirtschaft unterstützen und langfristig als politische Zielsetzung verankern können.

In der abschließenden Diskussion zwischen der Nationalen Kontaktstelle für URBACT/EUI und Jonas Scholze vom EUI-Sekretariat wurden die Förderangebote weiter vertieft und die Vielfalt europäischer Unterstützungsangebote für Kommunen hervorgehoben. Insgesamt zeigte sich, dass europäische Projekte besonders wirksam sind, wenn sie an bestehende kommunale Prioritäten anknüpfen und langfristig vor Ort verankert werden.

ANSPRECHPARTNER
Dr. René Peter Hohmann | r.hohmann@deutscher-verband.org

Klimaanpassung braucht jetzt Umsetzungskraft

Klimaanpassung ist längst keine Zukunftsaufgabe mehr, sondern Teil der kommunalen Realität. Hitze, Starkregen, Trockenheit und Überflutungen zeigen bereits heute, wie dringend Städte und Gemeinden handeln müssen. Im Fachforum „Transformationsaufgabe Klimaanpassung: Von der Risikoanalyse zur integrierten Umsetzung" diskutierten Vertreter:innen aus Kommunen, Wohnungswirtschaft, Planung und Wissenschaft über Wege zu einer wirksamen und integrierten Klimaanpassung. Veranstaltet wurde es vom DV gemeinsam mit dem Bundesverband DIE STADTENTWICKLER.

Nicht fehlendes Wissen ist heute das Problem, sondern dessen Umsetzung. Viele Kommunen verfügen bereits über Klimarisiko-Analysen, Hitzekarten, Starkregen-Gefahrenkarten und Anpassungskonzepte. Die eigentliche Transformationsaufgabe besteht darin, diese Erkenntnisse in Planungs-, Investitions- und Verwaltungsentscheidungen zu übersetzen. Deutlich wurde zudem, dass Klimaanpassung von Beginn an in alle relevanten Entscheidungen einfließen muss – von Wohnen und Stadtentwicklung über Infrastruktur und Mobilität bis hin zu Freiraum- und Wasserplanung. Wirkung entsteht dabei durch integrierte Ansätze, die unterschiedliche Handlungsfelder miteinander verbinden und gemeinsame Zielbilder für resiliente und lebenswerte Quartiere entwickeln. Die vorgestellten Praxisbeispiele aus Dortmund, Berlin, Bremen und Cottbus verdeutlichten, wie dies bereits heute gelingen kann.

Große Bedeutung maß das Fachforum der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure bei. Erfolgreiche Klimaanpassung erfordert das gemeinsame Handeln von Bund, Ländern und Kommunen, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Planung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Gleichzeitig braucht die Umsetzung geeignete Rahmenbedingungen: ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen, klare Zuständigkeiten, passende Förderstrukturen sowie die Bereitschaft, sektorale Grenzen und Zielkonflikte zu überwinden.

Das Fazit des Fachforums: An Erkenntnissen mangelt es nicht. Die Herausforderung besteht darin, Klimaanpassung als selbstverständlichen Bestandteil der Stadtentwicklung zu verankern und aus Strategien konkrete Projekte mit sichtbarer Wirkung vor Ort zu entwickeln.

ANSPRECHPARTNERIN
Kathrin Senner | k.senner@deutscher-verband.org

Gemeinsam gegen Wohnungslosigkeit

Im Fokus des Fachforums „Erfolgreiche Zusammenarbeit für wohnungslose Menschen: Wohnraum schaffen, vermitteln, sichern" standen Prävention von Wohnungslosigkeit und die Wohnraumakquise für wohnungslose Menschen durch Kooperationen zwischen Verwaltung, Wohnungswirtschaft, sozialen Trägern und weiteren Partnern. Der DV hat das Fachforum gemeinsam mit der Kompetenzstelle gegen Wohnungslosigkeit im BBSR organisiert.

Zum Auftakt gaben Jürgen Thomas vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Alexander Flatters vom VdW Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen Einblicke in die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!". Sie verdeutlichten, wie das Land NRW und die Wohnungswirtschaft auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung den Zugang zu Wohnraum verbessern. Eine wichtige Rolle spielen interdisziplinäre „Kümmerer"-Teams aus Sozialarbeit und Immobilienwirtschaft. Insgesamt konnten so bislang rund 11.500 Wohnungen an über 20.000 wohnungslose Menschen im Rahmen der Landesinitiative vermittelt werden. Anschließend berichteten Saskia Lütgerhorst von der Evangelischen Sozialberatung Bottrop und Moritz Brunecker vom Sozialamt Bottrop über das Projekt „Dach & Fach – Endlich (m)ein Zuhause". Der integrierte Ansatz verbindet Prävention, Wohnraumsicherung und Wohnraumvermittlung. In einem weiteren Praxiseinblick stellten Patricia Frommer vom Sozialamt der Stadt Köln und Ina Winkler von der Diakonie Michaelshoven die neu gegründete Soziale Wohnraumagentur Köln vor. Sie bündelt die Wohnraumakquise für besonders schwer vermittelbare wohnungslose Menschen und richtet sich unter anderem auch an private Kleinvermietende. Eine koordinierte Ansprache und zielgruppengerechtes Marketing für die Vermietenden schaffen Vertrauen. Erfolgreiche Wohnraumversorgung und Prävention erfordern langfristige, verbindliche Strukturen, eine klare Aufgabenverteilung, ein abgestimmtes und vertrauensvolles Zusammenspiel von Wohnungswirtschaft, Verwaltung und sozialer Arbeit und die Kopplung immobilienwirtschaftlicher und sozialarbeiterischer Expertise. Hierzu arbeiten auch die Facharbeitsgruppen im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit (NAP W), die der DV begleitet.

ANSPRECHPARTNER
Max Pechstein | m.pechstein@deutscher-verband.org

Wärmewende unter Zeitdruck: AG Energie diskutiert Transformationspfade für klimaneutralen Gebäudebestand

Wie lässt sich der Gebäudebestand innerhalb der verbleibenden knapp 20 Jahre bis zur angestrebten Klimaneutralität erfolgreich transformieren? Mit dieser Fragestellung befasste sich die Arbeitsgruppe Energie am 7. Juli 2026. Im Mittelpunkt standen die Wechselwirkungen zwischen regulatorischen Rahmenbedingungen, kommunaler Wärmeplanung, Energieinfrastruktur und Investitionsentscheidungen von Wohnungswirtschaft und Energieversorgern. Die Sitzung griff damit einen Schwerpunkt des Jahresarbeitsprogramms auf: die Entwicklung realistischer und wirtschaftlich tragfähiger Transformationspfade für die Wärmewende unter den Bedingungen steigender CO_2-Preise, knapper Ressourcen und sich wandelnder regulatorischer Vorgaben. Vom Bund wurden die geplanten Änderungen des Gebäudemodernisierungsgesetzes vorgestellt – mit stärkerer Technologieoffenheit und einer wachsenden Bedeutung des CO_2-Preises. Gleichzeitig wurde deutlich, dass ohne verlässliche Förderbedingungen und eine bessere Verzahnung von Gebäude-, Energie- und Wärmeplanung Unsicherheiten für Investoren und vor allem private Eigentümer:innen bestehen bleiben. Breiten Raum nahm die kommunale Perspektive ein. Erfahrungen aus der Wärmeplanung zeigen, dass integrierte Quartiersansätze eine entscheidende Rolle für die Umsetzung spielen können. Aus Sicht der Energieversorger und der Wohnungswirtschaft stehen insbesondere Finanzierung, Planungssicherheit und die Synchronisierung von Infrastruktur- und Gebäudemaßnahmen im Fokus. Gelingen kann die Wärmewende nur dann, wenn erhebliche private und öffentliche Investitionen mobilisiert und zugleich sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Notwendig ist eine enge Abstimmung zwischen Kommunen, Energieversorgern und Wohnungswirtschaft, um Fehlinvestitionen zu vermeiden und die Transformation effizient zu gestalten.

ANSPRECHPARTNER

Christian Huttenloher | c.hutteloher@deutscher-verband.org

Europäische Partnerschaft entwickelt neue Ansätze für die Gebäudedekarbonisierung

Ende September 2026 fand ein Treffen der Europäischen Partnerschaft zur Gebäudedekarbonisierung der EU-Städteagenda in Kladno, Tschechien, statt. Im Mittelpunkt stand die Entwicklung eines europäischen Orientierungsrahmens, der Kommunen dabei unterstützen soll, die Dekarbonisierung ihres Gebäudebestands strategisch zu planen und wirksam umzusetzen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Verknüpfung von kommunaler Wärmeplanung und quartiersbezogener Gebäudesanierung. Denn die Transformation der Wärmeversorgung hin zur Klimaneutralität kann nur gelingen, wenn Entscheidungen über Wärmenetze, erneuerbare Wärmequellen und Energieinfrastrukturen mit den Sanierungsbedarfen und -strategien im Gebäudebestand abgestimmt werden.

Zu den in der Partnerschaft entwickelten Bausteinen gehören die Analyse von Gebäudebestand und Energieverbrauch, die Verzahnung von Sanierungs- und Wärmeplanung, geeignete Governance-Strukturen, die Einbindung lokaler Akteure sowie ein Monitoring der Fortschritte. Gleichzeitig arbeitet die Partnerschaft an Empfehlungen, wie Kommunen Investitionen mobilisieren und Förderprogramme gezielt für ihre Maßnahmen nutzen können.

Der DV bringt seine Erfahrungen in die Partnerschaft ein. Dazu gehört das gemeinsame Vorhaben mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr zur Erarbeitung eines Leitfadens für bayerische Kommunen zur Gebäudedekarbonisierung. Die dort gewonnenen Erfahrungen aus der kommunalen Praxis fließen in die europäischen Diskussionen ein. Umgekehrt werden die Erkenntnisse der Partnerschaft genutzt, um den Leitfaden mit europäischen Lösungsansätzen anzureichern. So entsteht ein Wissenstransfer zwischen europäischer Zusammenarbeit und kommunaler Praxis in Bayern.

ANSPRECHPARTNER

Christian Huttenloher | c.hutteloher@deutscher-verband.org

IN EIGENER SACHE

Aktueller Jahresbericht

Der Jahresbericht 2025 des DV liegt gedruckt und online vor. Erfahren Sie, mit welchen Themen und Vorhaben wir uns vergangenes Jahr schwerpunktmäßig beschäftigt haben und wer bei uns im Verband alles mitwirkt.

Zum Jahresbericht:

Neue Webseite

Seit Juni 2026 ist unsere neue Webseite unter der altbekannten Seite online – alle Infos zum Verband und seinen Prioritäten sind nun noch anwenderfreundlicher zu finden.

Zur Startseite deutscher-verband.org:

Lilian Krischer verlässt den DV

Lilian Krischer, © Lidia Tirri

Die Projektleiterin Lilian Krischer verlässt den DV nach acht Jahren zum 31. Oktober 2026 um eine Stelle bei der Gesellschaft für Versicherungswirtschaft und -gestaltung (GVG) anzutreten, wo sie einen Generationendialog mit aufbauen wird. Lilian Krischer studierte Stadtanthropologie in Berlin, München und Sevilla. Beim DV lag ihr Arbeitsschwerpunkt auf der nationalen und europäischen Stadt- und Regionalentwicklung sowie der Öffentlichkeitsarbeit. Zuletzt leitete sie u.a. die Kontaktstelle für das europäische URBACT-Programm und koordinierte das Online-Dialogformat „Generationenfrage Gemeinwohl". Wir danken Lilly für die langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschen ihr alles Gute für den Einstieg in den neuen Job!

Neue Projektmitarbeiterin in Brüssel: Friederike Kamm

Friederike Kamm, © Privat

Friederike Kamm arbeitet seit September 2026 als neue Projektmitarbeiterin im EU-Büro des DV in Brüssel. Ihr Schwerpunkt liegt auf der EU-Förderung für nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Davor war sie bereits während ihres Masterstudiums seit September 2025 als studentische Mitarbeiterin für den DV aktiv. Ihren Master in Urban Studies absolvierte sie in Brüssel. Ihren Bachelor in Urbanistik machte sie an der Bauhaus-Universität Weimar, mit einem Auslandsjahr in Venedig. Wir freuen uns, dass Friederike dem DV erhalten bleibt und heißen sie als Projektmitarbeiterin herzlich willkommen!

NEUES MITGLIED

Prof. Dr. Iris Reuther, Architektin und Stadtplanerin (Einzelmitglied)

Wir heißen unsere neues Mitglied herzlich willkommen und wünschen eine gute Zusammenarbeit!

IMPRESSUM: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. | Littenstraße 10 | 10179 Berlin
Tel. +49 (0)30 20613250 | Fax +49 (0)30 20613251 | info@deutscher-verband.org | www.deutscher-verband.org